

---

# FORUM: Gewerkschaften

---

## Hans Mommsen: Wozu Geschichte der Gewerkschaften?

---

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930 in Marburg, lehrt Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Die deutschen Gewerkschaften sind noch nicht lange ein weit beachtetes Arbeitsfeld der modernen Sozialgeschichte. Das galt namentlich für die Geschichte der einzelnen Berufsverbände. Nach den bahnbrechenden Studien von Gerhard A. Ritter über die Politik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im späten Wilhelminischen Kaiserreich<sup>1</sup> bürgerte sich die gewerkschaftsgeschichtliche Forschung auch an den Universitäten ein. Erfreulicherweise geschah dies gutenteils mit Unterstützung der Gewerkschaften selbst. Die Anregung der IBGE, anlässlich des 80jährigen Jubiläums eine Ausstellung über die Geschichte der Bergarbeiterbewegung in Deutschland zu veranstalten,<sup>2</sup> gab den Anstoß für eine Fülle wissenschaftlicher Monographien und Gesamtdarstellungen, und es würde den Rahmen dieser Darlegungen sprengen, die Autoren und ihre Verdienste im einzelnen zu würdigen.<sup>3</sup>

---

1 Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften 1890 -1900, Berlin 1959.

2 S. den Katalog: Bergarbeiter. Ausstellung zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung in Deutschland, Bochum 1969. Heinz-Werner Meyer, dessen 60. Geburtstag dieser Beitrag gewidmet ist, hat diese Initiative maßgeblich mitgeprägt und die Forschungen zur Bergarbeiterbewegung aktiv unterstützt.

3 S. zuletzt Matthias Freses Forschungsbericht Kooperation und Konflikt. Neue Studien zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: NPL 3/1991, S. 405 - 449, sowie Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt 1988<sup>2</sup>; Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven, Michael Schneider, Detlef J. K. Peukert: Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987 sowie Schönhoven u. a. (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 4. Bde., 1985 - 1988.

Aus der Perspektive der späten sechziger und siebziger Jahre ging es nicht allein um die Aufarbeitung der sozialen Dimension in der jüngeren Geschichte, die bei dem in erster Linie dem Staatsgedanken und den politischen Ideen verpflichteten historistischen Programm der herkömmlichen deutschen Geschichtsschreibung an den Rand gerückt war. Die Geschichte der Arbeiterbewegung, und nicht nur ihrer politischen Organisationen, erschien somit als notwendige Ergänzung einer historiographischen Sehweise, die die sozialen Bedingungen nur als marginalen Faktor gewertet hatte. Es bedurfte dazu nicht erst der Herausforderung durch die marxistisch-leninistischen Versuche, die Erfolge und Leistungen des demokratischen Sozialismus und damit im wesentlichen der reformistischen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie zu leugnen oder als klassenverräterisch zu denunzieren, wie dies lange mit der Verwendung der Sozialfaschismus-Formel üblich gewesen war.<sup>4</sup>

Auf gewerkschaftlicher Seite ist die Bedeutung dieser Forschung, gerade weil sie den Bereich der bloßen Organisationsgeschichte verließ und der Lage der Arbeiter und damit auch der Mehrheit der Nichtorganisierten, nachspürte, nach und nach stärker beachtet worden.<sup>5</sup> Die eindeutige Erfolgsgeschichte des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nach 1945 verdeckte gutenteils das Bedürfnis, die historischen Wurzeln der eigenen Politik aufzuspüren und daraus Argumente zu gewinnen, die der Öffentlichkeit die Unentbehrlichkeit gewerkschaftlicher Organisation und Politik nicht bloß aus einem kurzfristigen Pragmatismus heraus beleuchten. Die spezifische Entwicklung des Gewerkschaftswesens in der frühen Bundesrepublik, die entscheidend durch den Mitbestimmungsgedanken geprägt ist, entsprang gewiß einer Fülle pragmatischer Kompromisse. Sie waren aber nur auf dem Hintergrund der Vermittlungsfunktion denkbar, die die Gewerkschaften, die sich gegen einen ausgeprägten Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer durchzusetzen hatten und sich die relative Neutralität des Staatsapparats erst erkämpfen mußten, seit dem späten Kaiserreich zwischen Arbeiterschaft und Gemeinwesen ausübten.

Die organisatorische Form und spezifische Politik, die die deutschen Gewerkschaften in den Aufbauperioden nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichneten, haben maßgeblich zur Entstehung eines sozialen Klimas beigetragen, das durch den Willen aller Tarifparteien geprägt war, eine Kumulation sozialer Spannungen zu vermeiden, die zum Wiederaufleben unüberbrückbarer klassenpolitischer Fronten führte. Es gelang erstaunlich rasch, im Aufwind einer nach kritischen Anfangsjahren erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung - das Wirtschaftswunder setzte ja keineswegs unvermittelt ein, die

---

4 Vgl. Hermann Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 - 1933, Düsseldorf 1981.

5 Einen Höhepunkt bildete die vom gewerkschaftshistorischen Hans-Böckler-Kreis angeregte historische DGB-Konferenz in München 1979; s. Heinz Oskar Vetter (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979, Köln 1980.

Währungsumstellung war von beträchtlicher Arbeitslosigkeit begleitet und erforderte durchaus korrigierende Markteingriffe des Staates - das System der Tarifautonomie mit Leben zu erfüllen. Dies war nicht zuletzt deshalb möglich, weil seinerzeit Konrad Adenauer aus der Erkenntnis heraus, daß die Politik der Westintegration nicht ohne Konzessionen an die Vertretungen der Arbeiterschaft zu haben war, 1949 dem „historischen Kompromiß“ der Montanmitbestimmung seine politische Unterstützung gab, so wenig sich das paritätische Modell für die Gesamtindustrie durchsetzen ließ.

Mehr als vierzig Jahre nach dieser Konstellation scheint sich das soziale Klima grundlegend zu verändern. Die eingespielten industriellen Arbeitsbeziehungen, die auf der Grundlage starker, selbstbewußter Gewerkschaften und einer ausgebauten Arbeitsrechtsprechung beruhen, sind noch immer intakt, die inzwischen wieder notwendig werdenden Schlichtungsmechanismen funktionsfähig, die Gewerkschaften nach wie vor bereit, sich gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten zu stellen und nicht, wie in vielen westlichen Ländern, vorhandene bargaining power im Interesse ihrer Klientel rücksichtslos einzusetzen. Die relative Prosperität in der Bundesrepublik hatte viele Arbeitnehmer daran gewöhnt, daß der Tarifmechanismus, den in Gang zu halten die Aufgabe der Tarifparteien war, funktionierte, ohne daß sie selbst in einen Industrieverband eintraten. Das stellvertretende Handeln der Gewerkschaften für die Gesamtheit der Arbeitnehmer galt nachgerade als selbstverständlich. Erst in diesen Tagen breitet sich allmählich ein Bewußtsein davon aus, daß es einer größeren Abstützung der Gewerkschaften durch die Gesamtheit der Arbeitnehmer bedarf, wenn deren Interessen bei verschärften Verteilungskämpfen und angesichts leerer Staatskassen geschützt werden sollen.

Um so beunruhigender mutet es an, daß die politische Öffentlichkeit sich wenig darüber im klaren ist, daß in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen gerade der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in einem bis dahin ungekannten Maß und wohl kaum mit hinreichender Einsicht in die Konsequenzen die Grundkompromisse der in den Nachkriegsjahren erwachsenen sozialen Realverfassung in Frage gestellt werden. Die jüngere Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik hat immer wieder hervorgehoben, daß das Ungleichgewicht der Tarifparteien, vor allem aber der Tatbestand, daß sich Staatsapparat und Regierung in zunehmendem Umfang dazu gezwungen sahen, bei Arbeitskonflikten einzugreifen, maßgebend zur Auflösung der Weimarer Republik beigetragen hat. Die direkte Intervention der Regierungspolitik in die Tarifentscheidungen erfolgte bereits während der Stabilisierungsperiode, also der Phase von 1924 bis 1928, die äußerlich wirtschaftliche Normalisierung und begrenzten ökonomischen Aufstieg brachte. Die Tatsache, daß die Tarife im schwerindustriellen Bereich namentlich in der Ära der Präsidialkabinette von 1930 bis 1933 am Kabinetttisch ausgehandelt werden mußten, hat die Autorität der ohnehin schwachen Regierung überfordert und indirekt dazu beigetragen, daß die Wirtschaftsverbände,

um den befürchteten Rückzug in die normale Tarifpolitik zu verhindern, schließlich auch auf die Karte Hitler setzten, die ihnen zuvor obsolet erschien.

Daß vor diesem geschichtlichen Hintergrund von Mitgliedern des Bundeskabinetts an den Bundeskanzler die Forderung gerichtet werden konnte, die Erhöhung der Beamtenbesoldung und damit der Löhne und Gehälter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund der Initiative der Regierung auf dem Verordnungswege zu regeln und damit die Tarifautonomie zu unterlaufen, ist unbegreiflich. Denn dieser (dann politisch nicht durchsetzbare) Vorschlag wäre ein erster Schritt gewesen, einen der Faktoren hoher innerpolitischer Stabilität in der Bundesrepublik, die Dissoziation der Tarifpolitik von der Regierungspolitik zu beseitigen. Der bekannte Heidelberger Soziologe Rainer Lepsius hat nachdrücklich auf diesen Sachverhalt und dessen vitale Bedeutung für die Sicherung des sozialen Friedens in der Bundesrepublik hingewiesen.<sup>6</sup> Es ist bedrückend, daß diese Einsicht so wenig in die Köpfe der politischen Klasse eingedrungen ist.

Auf derselben Ebene liegen die wiederholten Versuche, den Bereich der Tarifverträge durch gesetzliche Eingriffe zu verengen, wie dies jüngst mit der Forderung der Einführung eines Karenztages für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder mit den Vorschlägen der Deregulierungskommission geschehen ist, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, zunächst nur für die neuen Bundesländer, einzuschränken. All das erinnert bedenklich an die Finanzkrise der Weimarer Republik von 1929/30, als eine Regierung, die sich fatalerweise gegenüber der Öffentlichkeit und vor allem der Industrie darauf festgelegt hatte, die Steuern nicht zu erhöhen, sich unter Erfolgszwang gesetzt sah, durch die Einführung eines Notopfers der Festbesoldeten, damit einer Ergänzungsabgabe, und, als dies auf zu hohen Widerstand bei den bürgerlichen Parteien stieß, durch direkte Einschnitte in das soziale Netz die aus den Fugen geratenen staatlichen Haushalte zu sanieren und gleichzeitig die Großindustrie zu entlasten.<sup>7</sup>

Es mutet paradox an, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt zum Objekt verstärkter Angriffe gemacht werden, in dem das lang gehegte Ziel des politischen Zusammenschlusses von Europa in die greifbare Zukunft gerückt ist und damit ein von ihnen nachdrücklich erstrebtes politisches Vorhaben vor der Verwirklichung steht. Desgleichen hätte der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme, der ja nicht dem Sieg einer in der Tradition des *laissez faire* stehenden Marktwirtschaft zu verdanken ist, sondern einer gelungenen Balancierung marktwirtschaftlicher und sozialstaatlicher Prinzipien, die ohne aktive Mitwirkung der Gewerkschaften in Europa nicht denkbar gewesen wäre, die üblichen Vorwürfe zum Verstummen bringen können, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung für

---

6 Rainer Lepsius: Die Prägung der politischen Kultur der BRD durch institutionelle Ordnungen, in: ders.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 71 - 77.

7 S. meine Darstellung: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Weimarer Republik in den Untergang, Frankfurt 1990, S. 293 ff.

den wirtschaftlichen Aufstieg wegen zu hoher Lohnkosten hinderlich sei, auch wenn das nur selten unumwunden ausgedrückt wird. Eben das Gegenteil tritt ein. Larmoyant werden antisozialistische Töne wieder angeschlagen, mit denen vor der Deutschen Vereinigung und der Gorbatschowschen Perestroika noch zurückgehalten wurde, weil sie dem krisengeschüttelten realen Sozialismus neues Leben hätten einhauchen können.

Es muß alles getan werden, um zu verhindern, daß das politische System der Bundesrepublik nicht unversehens in Gefilde abdriftet, die den Verhältnissen der Weimarer Republik, abgesehen vom unbestrittenen demokratischen Grundkonsens, in mancher Hinsicht vergleichbar sind. Dazu gehört, daß die tragenden Parteien, ähnlich wie in der Ära der Präsidialkabinette, die Berührung zur Wählerlandschaft verlieren, daß Wählereinbußen der Regierungsparteien nicht der Opposition, sondern Protestparteien von rechts und links zugute kommen, daß die Sozialpolitik zum Anlaß genommen wird, die organisierte Arbeitnehmerschaft als Vertreter von Partikularinteressen zu denunzieren, und die Gewerkschaften die Fähigkeit einbüßen, diesen Anfängen einer etatistischen Aushöhlung des parlamentarischen Systems entschieden genug entgegenzutreten.

Es ist nicht zu übersehen, daß die gegenwärtige Parteienverdrossenheit, die eine Reaktion auf mangelnde Glaubwürdigkeit der politischen Klasse darstellt, auf die Arbeitnehmervertretungen überschlägt. Das zeigt an, daß es dringend erforderlich ist, sich von überholten Organisationen zu befreien und die Möglichkeit der Partizipation nicht nur im Wege starr gewordener Repräsentationsmechanismen zu erhöhen. Dazu ist es andererseits notwendig, die Debatte über die Legitimation und Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften gerade in einer sozialstaatlich verfaßten Marktwirtschaft offensiver zu führen. Die deutschen Gewerkschaften können dies durchaus mit dem Blick auf die im vergangenen Jahre zum hundersten Mal sich jährnde Gründung der Zentralkommission der Gewerkschaften Deutschlands tun.